

20.58

Abgeordneter Mag. Dr. Wolfgang Zinggl (PILZ): Frau Präsidentin! Frau Präsidentin des Rechnungshofes! Es ist eh schon alles gesagt worden (*Abg. Zanger: Aber nicht von jedem!*), aber ich stoße gerne ins gleiche Horn.

Der Rechnungshof gibt gerne Empfehlungen ab, das wissen wir, aber diese Empfehlungen werden oft missverstanden. Es gibt Empfehlungen und Empfehlungen: Es sind keine Empfehlungen von der strengen Tante, die man entweder erfüllt oder nicht, sondern es gibt Empfehlungen, die eigentlich notwendigerweise umzusetzen sind, wenn beispielsweise Gesetzesverletzungen vorliegen: Verletzungen zum Beispiel des § 8 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, wenn Wohnungen an professionelle Investoren verhökert werden, wo eigentlich der Staat, wo wir alle die Gemeinnützigkeit – das heißt, dass Menschen, die dringenden Wohnbedarf haben, deren Einkommen auch nicht besonders hoch ist, unterstützte Wohnungen erhalten – mehr oder weniger mitbezahlen. (*Präsident Sobotka übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn dann diese Wohnbaugesellschaften diese Wohnungen an private Investoren weitergeben, die sie ihrerseits vermieten und verkaufen, dann ist das eindeutig gegen das Gesetz, und das ist keine Empfehlung im Sinne von: Da kann man eventuell etwas dagegen machen!, sondern da besteht dringender Handlungsbedarf, genauso wie bei den von bisher allen Abgeordneten kritisierten Bezügen der Vorstände.

Es wird niemand leugnen, dass das Gesetz eine andere Intention hat. Das Gesetz hat eindeutig die Intention, eine Obergrenze von monatlich 10 460 Euro einzuziehen, und das kann natürlich umgangen werden, indem man, wir haben es schon gehört, 17 Monatsgehälter ausbezahlt, indem es Überstundenpauschalen gibt, Prämien, Jubiläumszahlungen; da gibt es alle möglichen Varianten. Das ist ganz eindeutig eine Umgehung der Intention; und dass das Gesetz mit § 26 ohnehin noch die Möglichkeit schafft, 15 700 Euro pro Monat zu verdienen, wenn nämlich mehr als eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft oder -vereinigung betreut wird, ist vielen auch noch zu wenig. Wenn man dann im Ausschuss fragt: Wie viel verdienen Sie eigentlich?, erhält man keine Auskunft wegen Datenschutz oder was immer.

Dafür hat aber der Rechnungshof aufgezeigt, dass das das doppelte Gehalt eines Sektionsleiters in einem Bundesministerium ist und 25 Prozent mehr als das, was der Bürgermeister von Wien verdient. Dazu kommen dann noch so horrende Beträge wie etwa Pensionszahlungen von bis zu 12 000 Euro im Monat und so weiter – und das von gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Ministerin Schramböck hat freundlicherweise im Ausschuss gesagt: Das muss man natürlich ändern, da müssen wir eine neue Regelung, eine neue Verordnung oder ein Gesetz, was immer, schaffen!, aber sie hat auch darauf hingewiesen, dass Führungskräfte in diesem Bereich halt höher bezahlt werden müssten als im Bundesdienst, weil man sonst nicht die besten Leute bekommt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieses Argument kenne ich nur zu gut aus der Museumspolitik, und ich frage mich, ob wir dann tatsächlich die besten Beamten haben, denn wenn die Beamten offensichtlich nicht höher bezahlt werden, weil sie ohnehin die Qualität nicht liefern, wenn nur bei den Wohnbaugesellschaften die höhere Qualität notwendig ist und daher auch die höheren Gehälter, dann ist da irgendetwas nicht richtig.

Die Marschrichtung der Ministerin ist auch klar, sie hat uns gesagt, dass die Überstundenpauschale erhöht werden soll. Wie Kollegin Griss ganz richtig gesagt hat: Wir brauchen keine Überstundenpauschalen mehr, wir brauchen fixe Jahreshöchstgrenzen, wir brauchen All-in-Verträge, und wir brauchen vor allen Dingen keine Prämien. Ich glaube, dass wir bei überhaupt keiner dieser staatlich aus gegliederten Institutionen Prämien brauchen.

Die Führungskräfte verdienen enorm viel Geld, weil man ihnen Institutionen anvertraut in der Hoffnung, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen den Betrieb optimal führen und wirtschaften. Wenn dann Zielvorgaben gemacht werden, damit Prämien erreicht werden – Zielvorgaben wie zum Beispiel, wie wir im Ausschuss gehört haben, dass das Jahresergebnis positiv ist –, dann frage ich mich nur: Was soll denn so ein Vorstandsmitglied sonst machen, als diese einfachen Zielvorgaben, die es selbstverständlich erfüllen muss und dafür ja auch viel Geld bekommt, zu erfüllen? Also, er bekommt ohnedies monatlich viel Geld, weil er ja die Aufgabe hat, Zielvorgaben zu erfüllen, und dann bekommt er noch eine Prämie, wenn er es tatsächlich schafft. In Wirklichkeit müsste er entlassen werden, wenn er es nicht schafft, und diese Aufgabe selbstverständlich ohne Prämien erfüllen.

Ich hoffe, Frau Rechnungshofpräsidentin, dass Ihre Empfehlungen auf fruchtbaren Boden fallen und dass wir sehr bald eine Änderung erleben. – Danke. (*Beifall bei der Liste Pilz.*)

21.03

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Singer. – Bitte.

